

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Katharina Schulze

Abg. Walter Nussel

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Benno Zierer

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Jörg Baumann

Abg. Marina Jakob

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Alexander Flierl

Staatsminister Thorsten Glauber

Abg. Florian von Brunn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN**

**"Klima-Booster Bayern statt Bremsklotz der Nation: Zukunft gestalten!"**

Auch hier kennen Sie das Prozedere: fünf Minuten respektive zehn Minuten. Das gilt auch für die Kollegin Katharina Schulze, die die Debatte eröffnet. Bitte schön.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa erwärmt sich am schnellsten. Immer mehr Menschen sterben durch Hitze. Die Todesfälle sind in den vergangenen 20 Jahren um rund 30 % gestiegen. Was bedeutet das konkret? – Das bedeutet konkret, dass in den drei heißesten Sommern zwischen 55.000 und 72.000 Menschen an Hitze gestorben sind. Hitze, Dürre, Gletscherschmelze, Extremwetter – die Auswirkungen der Erdüberhitzung sind auch bei uns hier in Bayern hautnah zu spüren.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sagen wir GRÜNE hier regelmäßig. Wir bringen Vorschläge, wie wir die Klimakrise eindämmen können, und ganz oft kommt als Reaktion: Ach, Klimaschutz ist zu teuer, zu aufwendig, zu kompliziert. Das zieht doch nur Belastungen nach sich. Da möchte ich Ihnen klar und deutlich zurufen: Kein Klimaschutz wird lebensgefährdend, wird noch teurer

(Beifall bei den GRÜNEN)

und wird uns zu Veränderungen zwingen, die wir uns jetzt noch gar nicht vorstellen können. Deswegen liegt es also in unserer Hand, wie wir damit umgehen, unsere Lebensgrundlagen, uns Menschen und die nachfolgenden Generationen besser zu schützen.

Ich finde es wichtig, dass wir beim Thema Klimaschutz nicht immer nur darüber reden, was wir vermeintlich alles verlieren könnten, sondern dass wir mal darüber sprechen, was wir durch mehr Klimaschutz gewinnen könnten. Genau das möchte ich heute tun.

Stellen Sie sich also mal vor, wir leben in einem Bayern, in dem alle Moore, die CO<sub>2</sub>-Speicher, vollkommen renaturiert sind, in dem sich die Wiesenbrüter wohlfühlen, in dem es gelungen ist, Landwirtschaft und Naturschutz zusammenzubringen, sodass alle davon profitieren; in einem Bayern, in dem wir einen Wettbewerbsvorteil haben, weil wir aus grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben, und in dem es genug sauberen und günstigen Strom für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger gibt; in einem Bayern, in dem auch im Hochsommer die Marktplätze unserer Gemeinden und Städte belebt sind, weil wir viele Bäume gepflanzt haben und Schatten vorhanden ist; in einem Bayern, in dem auch im Hochsommer Kinder auf den Spielplätzen die Rutsche runterrutschen können, weil wir für Verschattung gesorgt haben. Stellen Sie sich vor, wir leben in einem Bayern, das nicht mehr Milliarden an andere Staaten überweisen muss, sondern das Geld im Land halten kann, um wieder neu investieren zu können, weil wir uns endlich freigemacht haben von der dreckigen Kohle, von Öl und Gas.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich auch vor, uns würde es gelingen, extremen Regen und Dürre auf ein Maß zu begrenzen, sodass wir, die hier leben, es gut aushalten können, dass wir als Menschen die Chance haben, uns an die neue Welt anzupassen. Ich frage Sie also: Ist all das wirklich zu teuer, zu anstrengend und zu aufwendig? – Ich finde nicht; es ist unsere Pflicht, genau dafür zu sorgen, dass die Menschen in Bayern auch in Zukunft gut leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und ja, dazu wird sich Bayern verändern müssen. Wir haben es – ehrlich gesagt – in der Hand, ob wir diese Veränderung aktiv gestalten oder ob die Veränderung über uns kommt. Genau wir Politikerinnen und Politiker sind gefragt, diese Veränderung positiv zu begleiten und die Menschen mit klugen Ideen und den richtigen Weichenstellungen mitzunehmen. Deswegen bitte ich Sie auch in dieser Aktuellen Stunde, damit aufzuhö-

ren, zu beklagen, zu bejammern, Desinformationen zu streuen und die Augen zu verschließen; denn die Klimakrise lässt sich nicht wegwünschen.

Wir müssen handeln – und dazu sind wir auch von den Gerichten verpflichtet – für die Bürgerinnen und Bürger. Sie alle kennen die Gerichtsentscheidungen: 2021 vom Bundesverfassungsgericht, vor ein paar Wochen vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wonach Staaten, die zu wenig für den Klimaschutz machen, ganz klar gegen Menschenrechte verstoßen. Ich möchte nicht, dass die bayerische Justiz in Klagen untergeht, weil die Bayerische Staatsregierung zu wenig für den Klimaschutz macht. Darum, Kolleginnen und Kollegen, gilt es jetzt zu handeln!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich jetzt aber auf die Regierungsbank schaue, dann sehe ich dröhnendes Schweigen; die Staatsregierung ist im Winterschlaf.

(Präsidentin Ilse Aigner macht eine Bemerkung)

– Frau Aigner, Sie dürfen hier nichts sagen, sonst sagen die immer sehr viel. Gerade der Herr Ministerpräsident ist sehr wortgewaltig, und er redet über vieles und alles, am liebsten über sich selbst und seine Kanzlerambitionen. Aber ganz ehrlich, der Klimaschutz – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na, na, na! – Alexander Flierl (CSU): Desinformation!)

– Es ist egal, was Markus Söder persönlich will. Markus Söder als Ministerpräsident hat eine Verantwortung, dafür zu sorgen, dass hier Klimaschutz betrieben wird,

(Martin Wagle (CSU): Das macht er schon!)

und dem kommt er nicht nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber – jetzt wird es gut, jetzt habe ich gleich Widerspruch von Ihnen geerntet – ich kann die CSU-Landtagsfraktion auch nicht von der Verantwortung ausnehmen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer in Berlin Verantwortung trägt, sollte nicht von Verantwortung reden!)

Sie sind beim Thema Klimaschutz nicht nur langsam, sondern Sie torpedieren Ihre eigene Beschlusslage. Ich erinnere an die Debatte von letzter Woche hier im Plenum. Sie haben gesagt, Ölheizungen sollen bis 2045 laufen, aber Sie wollen Bayern bis 2040 klimaneutral machen. Ganz ehrlich: Das ist an Irrationalität nicht zu überbieten. Will Hubert Aiwanger dann seinen Wasserstoff in die Öltanks kippen? – Ich könnte mir vorstellen, dass er das vorhat. Das ist aber nicht sinnvoll, und so wird es nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass man mit guter Klimapolitik gewinnen kann, zeigt unter anderem die Bundesregierung.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau, das ist Satire!)

Das 49-Euro-Ticket ist so ein Beispiel:

(Widerspruch bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau, sinnlos, nutzlos und teuer!)

Es entlastet die Familien, und es ist sinnvoll für die Bekämpfung der Erdüberhitzung. Es ist Ihr Auftrag als Bayerische Staatsregierung, dafür zu sorgen, dass vermehrt Busse und Bahnen im ganzen Land fahren, damit Familien ihr Zweitauto abschaffen können, und dass es genug E-Ladesäulen gibt, damit man die Autos, die wir im ländlichen Raum weiter brauchen werden, überall schnell und einfach mit Strom betanken kann.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Habeck hat die Kohlekraftwerke hochgefahren! Sie haben die Förderung eingestellt, das ist sehr lustig!)

Aber das ist nicht alles: Erst gestern saß ich wieder bei der IHK mit Unternehmerinnen und Unternehmern zusammen, die klar gesagt haben, ein Wettbewerbsvorteil ist sauberer und günstiger Strom.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Bezahlbar, ja!)

Ich muss Sie als Regierungsverantwortliche anschauen. Sie haben Bayern in den letzten Jahren in einen Wettbewerbsnachteil getrieben,

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

und zwar durch die Windkraftverhinderung, die 10-H-Regelung und den mangelnden Netzausbau. Es liegt an Ihrer Verantwortung, dass Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinterherhinkt. Ich bitte Sie, legen Sie jetzt endlich einmal los!

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Wahnsinn! – Alexander Flierl (CSU): Das sagen die GRÜNEN!)

Die Aufregung bei Ihnen hier ist deswegen so groß, weil Sie genau wissen, dass ich den richtigen Punkt getroffen habe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie müssen doch selber lachen!)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht schleichend voran, und dafür sind Sie mitverantwortlich.

(Zurufe der Abgeordneten Martin Wagle (CSU) und Alexander Flierl (CSU) – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat die Atomkraft abgeschaltet?)

Es gibt aber Lösungen, und das ist das Schöne.

(Martin Wagle (CSU): Nicht durch die GRÜNEN!)

Sie könnten die Flächen für Windräder schneller bereitstellen, Sie könnten den Netzausbau vorantreiben, Sie könnten die Verwaltungsabläufe beschleunigen. All das liegt in Ihrer Verantwortung, und daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Nur heiße Luft!)

Das ist aber nicht alles: Wir müssen uns an die Erdüberhitzung anpassen. Wir sehen schon jetzt, dass die Starkwetterereignisse zugenommen haben. Das heißt, Sie könnten den Kommunen mehr Geld bereitstellen, um sie hitzeresilient machen und damit unser Trinkwasser geschützt wird. Hierzu haben die GRÜNEN in Bayern unzählige Vorschläge gemacht. Sie sind – wenn überhaupt – nur in Trippelschritten hinterhergelaufen, und das wird sich auf Dauer rächen.

Deswegen hat meine Fraktion für die heutige Aktuelle Stunde dieses wirklich wichtige Thema benannt. Ich habe Ihnen jetzt einige unserer Ideen vorgestellt.

(Alexander Flierl (CSU): Welche denn? – Ich habe nichts gehört! – Martin Wagle (CSU): Nur heiße Luft!)

Sie müssen nicht alle gut finden, aber Sie können auch einmal eigene Ideen vorbringen; denn eine Sache ist klar: Nur verbale Aufgeschlossenheit bei sonstiger Verhaltensstarre wird uns beim Klimaschutz nicht voranbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist auch Ihre Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen und die hier lebenden Menschen, die Kinder und Enkelkinder, also die nachfolgenden Generationen, zu schützen. Irgendwann werden sich die Leute fragen, was die Bayerische Staatsregierung im Jahre 2024 dafür gemacht hat. Ich wünsche Ihnen, dass Sie dann gute Antworten haben; auf die bin ich jetzt gespannt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Drei Jahre Ampel hat die Wirtschaft zerstört!)

Wir GRÜNE freuen uns auf die Debatte und Ihre Ideen, wie wir den Klimaschutz in Bayern voranbringen können.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht ebenfalls zehn Minuten der Kollege Walter Nussel für die CSU-Fraktion.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zeig es ihnen!)

**Walter Nussel (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Frau Schulze, ich hoffe, Sie haben jetzt wieder Luft. Atmen Sie einmal durch, das wäre nicht schlecht bei Ihrem Vortrag.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Mein Gott!)

In Ihrem Vortrag haben Sie kein Wort zur Grundversorgung unserer Bevölkerung gesagt.

(Zurufe der Abgeordneten Patrick Friedl (GRÜNE), Gülseren Demirel (GRÜNE) und Jürgen Mistol (GRÜNE))

Ich möchte das als Überschrift für das Thema der Aktuellen Stunde nehmen. Wir stehen an einem Punkt – ausgelöst durch die Ampel –, an dem die Grundversorgung im Land in Gefahr gerät.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Gülseren Demirel (GRÜNE): Oh mein Gott!)

Darauf müssen wir jetzt verstärkt blicken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben einige Dinge gefordert, die man als Gesellschaft aber nur einlösen kann, wenn man die notwendigen Mittel dafür hat. Wenn wir aber die Wirtschaft weiterhin



schmälern – wie das von Berlin ausgeht und nach Ihren Vorstellungen –, dann wird es dieses Geld nicht geben, um die anderen Dinge zu lösen. Deswegen müssen wir erst einmal die Wirtschaft stärken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Der Klimaschutz wird mehr Aufwendungen bedeuten, das ist richtig. Aber wir müssen die Menschen mit dem Grundgedanken der Grundversorgung auf den Weg mitnehmen. Wir müssen die Betriebe atmen lassen. Wir müssen den Betrieben Freiheiten geben, damit wir all das umsetzen können. Man sieht, wie schlecht all das gemacht wurde, wenn man das Heizgesetz betrachtet: Da wurde über Nacht ein Gesetz auf den Weg gebracht – rein ideologisch geprägt –, das die Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung ins Wanken gebracht hat,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Weil die Staatsregierung versagt hat! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Was macht Bayern?)

weil die Bevölkerung nun nicht mehr weiß, was sie mit dem Heizgesetz machen soll. Sie weiß nicht mehr, was richtig und was falsch ist. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD):  
Einen größeren Unsinn haben wir selten gehört!)

– Ich komme schon zu Lösungsansätzen, Herr von Brunn. Hören Sie gut zu! – Wir müssen in dem Haus mal darüber diskutieren – ich habe es schon ein paarmal angesprochen –: Was ist mit dem Verbandsklagerecht? Sie sagen, Verwaltungen müssen schneller arbeiten. Lasst uns einmal gemeinsam darüber diskutieren, zu gewissen Zeiten für gewisse Dinge das Verbandsklagerecht auszusetzen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Abschaffen!)

damit wir andere Dinge nach vorne bringen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn alles elektrisch umsetzbar sein soll, dann brauchen wir Leitungen, Kraftwerke, wie auch immer geartet, und dafür schnellstens Baugenehmigungen. Ich habe schon mal gesagt: Franz Josef Strauß hat in den 60er-Jahren fünf Röhren von Triest nach Ingolstadt gebaut. Ohne die wäre das Land Bayern heute nicht da, wo es ist. Da haben sie dreieinhalb Jahre für Planung und Bau gebraucht. Da müssen wir wieder hinkommen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie? – Florian von Brunn (SPD): Ich glaube nicht, dass er es selber gebaut hat!)

Wir müssen davon wegkommen zu meinen, wir müssten überdimensional über Jahre hinweg verschleppen. Dann darf man sich nicht wundern, wenn nichts mehr vorwärtsgeht.

(Beifall bei der CSU)

Zur Grundversorgung: Windkraft und Photovoltaik sind in Ordnung. Aber wer hat denn die Wasserkraft bekämpft? Die Wasserkraft ist ein zentrales Thema der Grundversorgung bei unserer Energie. Wenn kein Wind geht und keine Sonne scheint, dann haben wir keine Grundversorgung. Wasser haben wir aber immer. Das sind die Themen, die zu dem Booster, wie Sie es nennen, dazugehören.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wer kann es ihm endlich erklären?)

Letztendlich müssen wir die Infrastruktur voll im Blick haben und sie stärken mit all den Maßnahmen, die ich genannt habe. Wir müssen hier von Standards abgehen und dürfen nicht mehr sagen, das muss jetzt wieder verhindert werden, weil dem irgendetwas entgegensteht. Ohne Infrastruktur keine Wirtschaft! Ohne Infrastruktur können wir die Grundversorgung der Menschen im Land nicht aufrechterhalten.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Antworten!)

Wir müssen die Arbeitsplätze ausbauen, und zwar nicht nur im grünen Bereich, sondern insgesamt, damit das Land wieder einen richtigen Schub bekommt. Dann haben wir auch wieder Spielraum für andere Dinge, die wir dann korrigieren können. Aber ohne die genannten Punkte wird es nicht funktionieren.

Bei der Schaffung von Wohnraum ist es genauso. Auch da erwarte ich mir einen Klima-Booster in der Form, dass Sie den Weg einmal mitgehen, damit nicht wie hier in München acht Jahre vergehen, bis ein Bebauungsplanverfahren abgeschlossen ist. Acht Jahre! Leute, das können wir uns nicht mehr erlauben. Wir müssen das jetzt anders anpacken und aufsetzen. Da hilft es nichts, wenn man die erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf dem Mittleren Ring auf 30 km/h setzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen auch weg von der Einzelfallgerechtigkeit. Das sage ich allen Ernstes. Wir dürfen als Politiker – da müssen wir unsere Verwaltung stärken – nicht immer glauben, wir müssten alles regeln, damit wir jedem gerecht werden. Das werden wir nicht mehr so durchhalten können; denn dann können bestimmte Sachen gar nicht mehr generiert werden, und es gibt Verwerfungen.

Deswegen: Hin zur Eigenverantwortung! Gebt unseren Betrieben, der Wirtschaft wieder mehr Eigenverantwortung. Gebt ihnen die Luft zum Atmen, damit sie ihre Wirtschaft, ihre Betriebe entsprechend aufstellen können. Dann wird auch der Klimawandel viel schneller gelingen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der Klimawandel?)

Ich denke nur an die Auflagen von eurer Seite für das Transportgewerbe. Leute, die Bevölkerung muss das bezahlen. Da geht es mir auch um die Grundversorgung.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wie wollen Sie es machen? Ihre Vorschläge!)

Wir müssen das in den Griff bekommen. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Sie haben gesagt, "die Augen verschließen". – Genau das ist das Problem.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wie wollen Sie es machen?)

Ich erkenne im Moment in Berlin, dass dort laufend die Augen verschlossen werden vor der Richtung, in die das Land steuert und in die das Land unterwegs ist. Das muss schnellstens korrigiert werden. Ich will auch klimaneutral werden. Aber wenn Sie vom 49-Euro-Ticket sprechen – das muss ja jemand bezahlen!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eben!)

Das Geld muss ja erst mal erwirtschaftet werden, damit wir es dann ausgeben können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Von mir aus zahlen wir gar nichts. Am liebsten wäre es mir, wenn wir für den ÖPNV gar nichts zahlen müssten. Aber das muss irgendjemand bezahlen. Irgendwie muss die Gesellschaft das erwirtschaften. Mit Ihrer Politik wird das Geld nicht erwirtschaftet werden können. Deswegen lasst uns klug überlegen, wie wir das in den Griff bekommen.

Sie haben von "freimachen von dreckigem Öl, Gas und Kohle" gesprochen. – Wer hat denn vor zwei Jahren die Kohlekraftwerke wieder hochgefahren? Wer hat die denn hochgefahren? – Das waren nicht wir.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber die Grundversorgung muss gesichert sein. Da mache ich mir große Sorgen, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit in der EU, aber auch weltweit verlieren, wenn wir Ihren Themen und Thesen folgen. Deswegen muss hier ein massives Umdenken beginnen. Wir müssen die Verwaltungsabläufe – da bin ich bei Ihnen, stimme Ihnen zu und nehme Sie auch beim Wort und an die Hand, Frau Schulze, vielleicht sollten wir

zwei uns wieder einmal unterhalten – schneller gestalten, aber auch der Verwaltung den Rücken stärken, wenn dann etwas passiert und gleich die Beschwerde kommt: Warum hat das Ministerium das nicht geregelt, usw?

Ich möchte auch unseren Umweltminister hier mal in Schutz nehmen, wenn Sie immer sagen, das ist nicht geregelt usw. – Was da vom Umweltministerium auf den Weg gebracht wird, ist alles klug durchdacht. Das ist mir manchmal zu verästelzt, zu kleinkariert – das sage ich auch. Aber man kann doch nicht davon sprechen, dass wir hier das ganze Land durch Umweltschutz und Klimaschutz infrage stellen. So haben Sie das ausgedrückt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie?)

– Eure Interessen zurückdrängen, damit die Wirtschaft arbeiten kann, die Betriebe Arbeitsplätze schaffen,

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD – Zurufe von der CSU: Bravo!)

unsere Betriebe Freiheit verspüren und dann wieder die Leistung abrufen können, so dass wir Arbeitsplätze schaffen und nicht abbauen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Was wollen Sie? – Weitere Zurufe)

Denn Sie sind in Deutschland beim Arbeitsplatzabbau. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie fragen, was wir tun. – Wir versuchen, Akzeptanz in der Bevölkerung herbeizuführen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wofür?)

– Für Klimapolitik.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wie denn? Was tun Sie?)

Aber wenn wir den Hebel so wie Sie umdrehen, wird das nichts. Man sieht ja, wie die Stimmung draußen im Land ist. Die Leute sagen, wir kommen bei dem Tempo nicht mehr mit;

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie in Bayern?)

sie sagen, ich weiß als Bürger, wenn ich Rentner bin, nicht mehr, wie ich mein Haus nächstes Jahr noch beheizen kann. Was ist noch zulässig, was nicht mehr? – Wer hat den Einsatz von Holz denn infrage gestellt, von einem der ältesten, saubersten Rohstoffe auf dieser Erde?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was tun Sie in Bayern? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie nicht aufgepasst, Herr Schuberl? – Toni Schuberl (GRÜNE): Nichts hat er gesagt!)

Wenn ich das Holz verfaulen lasse, habe ich genauso viel CO<sub>2</sub>-Ausstoß, wie wenn ich es verschüre. – Hören Sie mir zu, dann brauchen Sie nicht laufend reinzurufen! Ich habe Ihnen jetzt genügend Dinge aufgezählt, die wir tun,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Was denn?)

und aufgezählt, was wir weiterhin verfolgen.

Lasst uns den Menschen sagen: Mehr Freiheit, weg von der Einzelgerechtigkeit. "Weniger" bedeutet "schneller". Ich bin gespannt, wer von euch was dazu sagt, wenn wir dieses Verbandsklagerecht einmal aussetzen wollten. Ich bin gespannt, was von eurer Seite dazu kommt. Das wäre ein ganz großer Schritt, mit dem bei uns wesentliche Dinge viel schneller laufen würden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zusammenfassend: Mit dem, was ich jetzt zu erklären versucht habe, kämen wir sowohl in der Wirtschaft als auch in der Klimapolitik auf den richtigen Weg.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es gibt keine bayerische Klimapolitik!)

Das müssen wir auf den Weg setzen, nicht die ideologisch verbohrteten Interessen, die die ganze Wirtschaft und das Land hemmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Was wir derzeit in unserem Land erleben müssen, ist eine politische Farce. Da wollen uns die GRÜNEN allen Ernstes einen wie auch immer gearteten Klima-Booster in Bayern als Zukunftsvision verkaufen! Dabei steuern wir gerade dank grüner Politik als ganze Nation stramm auf den Status eines Bremsklotzes zu.

(Beifall bei der AfD)

Glauben Sie bitte nicht, dass die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen irgendeinen positiven Effekt auf das Weltklima hätten. In unserer Interpellation "Evaluation der Kosten und des Nutzens von kommunalen, regionalen und nationalen Klimaschutzmaßnahmen" vom Juli 2023 gibt es sogar die Staatsregierung selbst zu: Es ist schlichtweg kein Nutzen quantifizierbar – ganz im Gegenteil: Was uns von der Ampel als Rettung verkauft wird, ist in Wahrheit eine Einladung an unsere Industrie und unsere Arbeitsplätze, das Weite zu suchen. Die GRÜNEN sind nämlich gar keine Umwelpartei. Sie haben gar keine Ahnung von Natur- und Umweltschutz.

(Anna Rasehorn (SPD): Das sagt der Richtige!)

– Das sagt der Richtige. Da haben Sie recht. – Die GRÜNEN sind lediglich eine Umverteilungspartei. Sie wollen den Wohlstand der Deutschen in die Hände der ganzen Welt umverteilen,

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

egal ob an die Zuwanderer hier in Deutschland oder an die Zuhausegebliebenen in anderen Ländern.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ihr verteilt nach Russland und China!)

Das Klimathema ist nämlich wie auch das Umweltthema nur ein Vehikel der GRÜNEN, um ihre Phantasien von einer Deindustrialisierung Deutschlands umzusetzen.

(Beifall bei der AfD)

Frei nach Habeck, ich zitiere: Mit Deutschland konnte ich noch nie etwas anfangen.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür können Sie umso mehr mit Russland und China anfangen!)

Und so jemand ist in diesem Land Bundesminister, meine Damen und Herren. Unfassbar!

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn beim arg geschröpften Steuerzahler hierzulande überhaupt noch irgendwelches Geld abgepresst werden kann, dann da, wo die GRÜNEN beim deutschen Michel ein großes Gewissen ausgemacht haben, bei Umwelt und Klima. Leider ist das Klima aber nichts, was der Mensch verändern könnte oder auch verändern sollte, schon gar nicht der Deutsche mit seinem Miniaturanteil von gerade einmal 2 % der weltweiten Emissionen. Um mit dem ehemaligen Chef des Ifo-Instituts Prof. Dr. Hans-Werner Sinn zu sprechen: Das Öl und Gas, welches in Deutschland eingespart wird, auch in diesem Moment, bleibt nicht etwa als CO<sub>2</sub>-Speicher in der Erde, nein, es wird günstiger von



anderen Ländern gekauft und verbrannt. Dann treibt es fortan eben nicht mehr hier, sondern woanders die Wirtschaft voran.

(Beifall bei der AfD)

Milliarden, nein, Hunderte von Milliarden Euro haben wir für eine Energiewende des Flatterstroms und einen Klimaschutz der Träume bereits zum Fenster hinausgeworfen, ohne die geringste Verbesserung unserer Situation hier. Und wer zahlt die Zeche? – Wir alle. Jede Einsparung, die uns die Regierung auf die Nase bindet, ist erkaufte mit dem Verlust von Wohlstand: mit geschlossenen Betrieben, mit Arbeitsplätzen, die ins Ausland abwandern. Da haben wir dann noch nicht über die Umweltzerstörung durch Windräder und Co. geredet, über abgeholzte Wälder und über gehäckselte Vögel.

Es wird Zeit, Klartext zu reden, meine Damen und Herren, vor allen Dingen liebe GRÜNEN. Ihr sogenannter Klimaschutz ist kein Klimaschutz. Er ist ein Holzweg, im besten Fall eine bekiffte Idee der GRÜNEN. In jedem Fall aber ist er ein gefährlicher Irrtum, der unsere Wirtschaft, ja unsere Zukunft bedroht. Wir brauchen eine Politik der echten Lösungen, die auf die Bedürfnisse der Menschen abzielt, die Wohlstand sichert und Arbeitsplätze schafft. Wir brauchen eine Politik, wie sie die AfD bereits seit Langem fordert, eine Politik ohne CO<sub>2</sub>-Abgabe und ohne Besteuerung der Luft zum Atmen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Zwischenfragen gibt es bei der Aktuellen Stunde nicht. – Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER das Wort.

**Benno Zierer (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von den GRÜNEN, dass Sie Bayern als Bremsklotz der Nation beim Klimaschutz bezeichnen, ist eine Frechheit angesichts Ihrer Beteiligung an einer Bundesregierung, die mit einem Heizungsgesetz die Menschen so verunsichert, dass der Absatz sogar bei den Wärmepumpen zurückgeht. Da wollte man der Wärmewen-

de einen Boost geben, aber wieder einmal hat man Gas und Bremse verwechselt. So viel zum Bremsklotz.

Als wir hier im Haus das Bayerische Klimaschutzgesetz verabschiedet haben, da kamen von Ihnen die erwarteten Reaktionen: zu wenig, zu schwach, zu weich, zu wenig ambitioniert. Das sind einfach Sprüche aus dem Grundwörterbuch der Opposition. Genau dieselben Vokabeln hört man, wenn es um die Klimaschutzaktivitäten auf Bundesebene geht. Das ist es, was mich stört, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Sie spielen sich hier in Bayern als Klima-Gscheidhaferl auf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie wissen immer alles besser und erklären uns, wie die Welt funktioniert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was tun Sie denn in Bayern?)

Sie lassen an nichts ein gutes Haar. Das sieht man auch am Titel dieser Aktuellen Stunde.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was tun Sie denn in Bayern?)

Wenn Sie aber irgendwo am Steuer sitzen, dann sind Sie mit angezogener Handbremse unterwegs, bis die Bremsklötze qualmen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann tun Sie halt endlich was!)

Bayern hat mit dem Klimaschutzgesetz – –

(Zuruf von den GRÜNEN: Tun Sie halt was!)

– Hören Sie einfach zu. Bayern hat mit dem Klimaschutzgesetz und mit dem Klimaschutzprogramm eine gute Grundlage, damit wir unsere selbstgesteckten Ziele einhalten können. Damit kann Bayern einen starken Beitrag leisten, um die national und international beschlossenen Ziele zu erreichen. Abgesehen davon sind unsere Klimaziele hier in Bayern ambitionierter als die des Bundes oder der EU.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ihr tut doch nichts!)

Das Klimaschutzprogramm ist unser Werkzeugkasten. Die Werkzeuge sind schon in Gebrauch. Von 150 Maßnahmen sind 90 % in der Umsetzung. Der Freistaat kauft Moorflächen auf, um sie zu renaturieren. Es werden PV-Anlagen über Straßen oder an Lärmschutzwällen geplant und gebaut. Dank der Klimamilliarde fließt sehr viel Geld in viele Projekte vom Elektrolyseur bis zum Radschnellweg. Mit Großwärmepumpen an Gewässern haben wir, wie ich finde, eine sehr interessante Option im Wärmebereich. Das Potenzial in Bayern ist da. Ich bin mir sicher, wir werden Wege finden, es auch zu nutzen. Was alles gemacht wird, ist eine Mammutaufgabe. Klar könnte man vieles schneller machen, wenn es gehen würde.

(Zuruf von den GRÜNEN: Es geht schneller!)

Das gilt zum Beispiel für die Windkraft. Hier die Bevölkerung mitzunehmen ist ein schwieriger Weg, aber auch den werden wir schaffen. Man kann die Energiewende nur mit den Bürgern umsetzen, so, wie das unser Ansatz ist. Dann kann es natürlich auch einmal passieren, dass man länger diskutieren muss, weil es immer Menschen gibt und auch Politiker, die diese Dinge schlechtreden. Leider geschieht das auch deshalb, weil viele auf Panikmache hereinfliegen, die von Politikern betrieben wird, deren Argumente mit sachlicher Politik nichts zu tun haben. Weil ihnen das über verschiedene Kanäle eingetrichtert wird, glauben viele, dass ein Blackout kommen kann, wenn wir erneuerbare Energien ausbauen. Klar, wenn wir nur russisches Gas hätten, passiert das nicht.

Die Herausforderungen beim Klimaschutz sind immens. Die Rahmenbedingungen sind schwierig, aber Bayern wird seinen Weg weitergehen, und dies ungeachtet aller Schlechtredei. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht Frau Kollegin Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion.

**Anna Rasehorn (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Genderverbot, Cannabislegalisierung, Ampel-Bashing – das sind die Themen, die die Staatsregierung aktuell beschäftigen. Sind das die Themen, die unser Land voranbringen? – Sicher nicht!

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist aber bequemer, mit populistischen Parolen um sich zu werfen und nach Berlin zu zeigen, als Probleme in unserem Land vernünftig und sachlich anzugehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da ist doch auch das Energieproblem!)

Die größte Herausforderung, das steht außer Frage, ist der menschengemachte Klimawandel mit all seinen Folgen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und für Deutschland die Ampel!)

Erst vorletzte Woche durfte ich der Fraktion ganz rechts klarmachen, dass es mindestens kurz vor zwölf Uhr ist, wenn nicht sogar schon nach zwölf Uhr. Es reicht eben nicht mehr, Bäume zu umarmen und hübsche Fotos im Grünen mit Erdbeereis auf Blumenwiesen zu inszenieren oder Pandas zu streicheln. Es reicht nicht mehr, eine – Zitat – "ökologische Schaufensterpolitik" zu betreiben. So nennt das übrigens die "taz".

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich zitiere weiter die Medien: Söder muss sich entscheiden, ob Umweltschutz nun Heimatschutz ist oder rotes Teufelszeug, und auch entsprechend handeln. – Das schrieb die "Augsburger Allgemeine" kurz vor der Landtagswahl.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das lesen Sie?)

Also, lassen Sie es uns gemeinsam angehen, damit Bayern das ist, was wir uns tatsächlich alle wünschen, nämlich Spitzenreiter in Sachen Umwelt und Klimapolitik. Wir alle wissen, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der die Auswirkungen des Klimawandels immer spürbarer werden. Katharina Schulze ist darauf eingegangen. Wir wissen aber auch, dass die sozialen und ökologischen Fragen nur gemeinsam zu beantworten sind. Das ist uns, der SPD, besonders wichtig, da diese Fragen in einem engen Zusammenhang stehen. Der Raubbau an Mensch und Umwelt, die Zerstörung von Lebensräumen und der ungezügelte Ausstoß von Müll, Emissionen und Giftstoffen ins Wasser haben dafür gesorgt, dass einige wenige profitiert haben und ihren Profit generieren konnten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und wer zahlt Ihre Sozialpolitik?)

Reiche werden sich im Gegensatz zum größten Teil der Bevölkerung immer sauberes Wasser, reine Luft und den Zugang ins Grüne leisten können. Das sind aber keine Privilegien, sondern das steht uns allen zu. Deshalb müssen wir auch alle mitnehmen. – Das geht an die GRÜNEN.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr redet nur von Umverteilung!)

– Genau, für Umverteilung. Dafür steht meine Partei.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr verarmt das Land!)

Was braucht es dazu? – Wir brauchen eine massive Beschleunigung beim Ausbau von Wind- und Solarenergie in Bayern. Durch den Ausbau von erneuerbaren Energien, den Netzsystemen und der Energiespeicherung können wir die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern, neue Arbeitsplätze schaffen – auch da ist die Umverteilung da – und regionale Wertschöpfung generieren.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Nicht zuletzt entlasten wir auch die Geldbeutel der bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Stimmt, weil nichts mehr drin ist in den Geldbeuteln!)

Im Februar hatten wir dazu im Umweltausschuss eine Expertenanhörung. Dabei ging es auch um die Transparenz auf dem Energiemarkt. Die Mitglieder des Umweltausschusses werden sich erinnern. Der Leiter der Stadtwerke Haßfurt erklärte in seiner Stellungnahme, dass sich der Ausbau der erneuerbaren Energien preisdämpfend auswirke. Wenn Sie schon nicht auf uns hören wollen, dann hören Sie doch bitte auf die externen Expertinnen und Experten.

(Beifall bei der SPD)

Für uns Sozialdemokraten ist es ein ganz besonders wichtiges Anliegen, die Menschen mitzunehmen. Das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung legt hierfür wichtige Grundsteine. Mit dem Solarpaket geben wir nun wichtige Impulse für den Ausbau der Photovoltaik, der Windkraft und der Biomasse. Außerdem beseitigen wir auf Bundesebene zahlreiche Hürden bei Balkonkraftwerken oder Solarstrom auf dem Dach von Mehrfamilienhäusern.

Ich bleibe aber dabei: Nur nach Berlin zu zeigen genügt hier in Bayern nicht. Es liegt an uns hier in Bayern, die Weichen für eine nachhaltige Zukunft zu stellen. Die SPD-Fraktion ist bereit, diese notwendigen Schritte zu gehen. Dazu haben wir auch konkrete Lösungen vorgeschlagen. Im Zuge der Haushaltsdebatten haben zum Beispiel Volkmar Halbleib und Harry Scheuenstuhl einen Booster für die Förderung von Windparks in den Kommunen vorgeschlagen; denn wir brauchen endlich Förderungen und Anreize statt sachgrundlose Blockaden.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern die Staatsregierung auf, endlich Verantwortung zu übernehmen und in Berlin ins Arbeiten zu kommen. Der Klimaschutz muss zur obersten Priorität gemacht werden. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, für alle eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die CSU-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel das Wort.

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher, die heute am Girls' Day bei uns sind! Frau Kollegin Rasehorn, Sie sind noch nicht so lange im Landtag. Ich bin aber immer wieder erstaunt, wie Sie es schaffen, die Realitäten im Bund zu verdrehen, sich hierhinzustellen und uns zu sagen, was wir alles machen sollen, um von sich und Ihren Verfehlungen abzulenken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unser Ministerpräsident hat im Freistaat Bayern eines der größten Förderprogramme aller anderen Bundesländer aufgelegt. Es würde sich lohnen, wenn Sie sich erst einmal auf die Fakten konzentrierten.

(Florian von Brunn (SPD): Das macht der Ministerpräsident die ganze Zeit!)

Die Kolleginnen und Kollegen, auch aus dem Kabinett, haben immer wieder betont, dass der Schutz des Klimas eine der zentralen globalen Herausforderungen ist.

(Florian von Brunn (SPD): Der redet viel, wenn der Tag lang ist!)

Es ist egal, wo eine Tonne CO<sub>2</sub> eingespart wird; denn es betrifft uns alle. Seien wir einmal ganz ehrlich: Statt Milliarden Euro in ein Heizungsgesetz zu buttern, das kaum etwas bringt, sollten wir das Geld lieber in den technologischen Fortschritt investieren.

Damit wäre dem Klima und auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland deutlich mehr geholfen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, erst vergangene Woche haben wir bei der Verleihung des Deutschen Innovationspreises hier in München gesehen, was unsere Wirtschaft schaffen kann, wenn man sie lässt. Da gab es Lust auf Fortschritt und Mut zu Innovationen, die auch zur Verbesserung des Klimas eingesetzt werden können. Unser Land kann und muss zeigen, dass eine starke Wirtschaft und ein effektiver Klimaschutz keine Gegensätze sind, sondern zusammengehören. So kann unser Land in Sachen Klimaschutz Vorbild für andere Staaten werden. Zum Teil ist es hier bereits Vorbild. Klimaschutz durch einseitige Verbots- und Verzichtspolitik und auf Kosten von Wachstum und industrieller Stärke voranzutreiben ist nicht zielführend. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist schon bezeichnend, dass der Wirtschaftsminister von den GRÜNEN es in kürzester Zeit geschafft hat, den führenden Wirtschaftsstandort in Europa, nämlich Deutschland, in ein Minus zu führen. Und das nennen Sie eine verantwortliche Wirtschafts- und Klimapolitik!

(Florian von Brunn (SPD): Das war doch die Union, die den Karren in den Dreck gefahren hat!)

Unsere Wirtschaft muss die Belastungen durch den Klimaschutz schultern können. Dem Weltklima ist überhaupt nicht geholfen, wenn hiesige Unternehmen aufgrund zu restriktiver Vorschriften ins Ausland abwandern, um dort mit geringeren Umweltstandards für unseren Markt zu produzieren.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wo ist der Wirtschaftsminister, wo ist der Ministerpräsident?)



Gerade Sie von den GRÜNEN und den Roten schaffen auf EU-Ebene immer weiter steigende Berichtspflichten. Das bedeutet, wir schreiben nur noch, wir verbrauchen nur noch Zeit, statt in effektiven Klimaschutz zu investieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir verstehen den Klimaschutz als europäische und globale Aufgabe, an deren Bewältigung alle Länder mitarbeiten müssen. Entwicklungs- und Schwellenländer können hierzu einen Beitrag leisten, wenn sie von Anfang an auf einen klimafreundlichen Ansatz achten. Wir werden sie dabei weiterhin unterstützen, zum Beispiel im Rahmen des Technologietransfers. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, sich einmal mit dem World Food Programme, das hier in Bayern stationiert ist, auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die GRÜNEN loben sich dafür, dass dank Habeck die Investitionen in Deutschland gesunken seien. Er sagt, die Stimmung sei gut, aber die Zahlen seien schlecht. Er verkennt also völlig, was in Berlin angerichtet worden ist.

Der Klimawandel ist sowohl in Bayern als auch in vielen anderen Teilen der Welt spürbar. Wir haben deshalb mit unserem Klimaschutzgesetz wichtige Akzente gesetzt. Aus der grünen Ecke höre ich immer wieder die Frage: Was tun wir? Was tun wir? – Herrschaftszeiten, lest einmal das, was wir veröffentlichen, und schreit nicht nur dazwischen oder raucht etwas!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gilt immer noch: Wir brauchen den Dreiklang von Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit. Dazu brauchen wir einen klugen Instrumentenmix. Das Bayerische Klimaschutzgesetz hat hier eine ergänzende und unterstützende Funktion. Damit legen wir die Grundlage für unseren bayerischen Wohlstand. Wir tun das aber auch, indem wir ressortübergreifend Handlungs- und Umsetzungsrahmen setzen.

In diesem Sinne kann ich abschließend nur sagen: Klimaschutz statt Bremsklotz – wenn hier in Deutschland einer bremst, dann ist es die Ampel.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht Herr Kollege Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Jörg Baumann (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! "Klima-Booster", "Bremsklotz", "Nation" und "Zukunft", das sind die Worte im Antrag der GRÜNEN zur Aktuellen Stunde. Die Verwendung des Wortes "Booster" halte ich so kurz nach dem Debakel des Corona-Boosters für gewagt, es sei denn, Sie möchten damit unterstreichen, dass ihr Klima-Booster ein genauso gefährlicher Blindgänger ist.

(Beifall bei der AfD)

Die GRÜNEN propagieren hier alte sozialistische Ideen aus der Mottenkiste im neuen Gewand. Bezahlen werden das die Menschen, die sich noch nicht für das Bürgergeld entschieden haben. Wer einen echten Booster für dieses Land will, der wählt die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Zum Bremsklotz: Der größte Bremsklotz der Nation ist die grüne Klimapolitik, die unsere Wirtschaft zerstört. Zwischen 2013 und 2022 haben wir eine Nettokapitalflucht in Höhe von 636 Milliarden Euro erlebt, was einem Exodus unserer Industrie gleichkommt. Die Energiearmut hat sich verdoppelt, und über 40 % der deutschen Haushalte müssen mehr als ein Zehntel ihres Einkommens für Energie aufwenden. Die Gesamtkosten für die sogenannte grüne Transformation werden auf astronomische 5 bis 6 Billionen Euro geschätzt. Das ist der wahre CO<sub>2</sub>-Preis: 425 Euro pro Tonne.

Wir zahlen 425 Euro pro Tonne für eine zerstörte Umwelt. Bis 2023 wurden über 1.100 Hektar deutsche Waldflächen für Windkraftanlagen abgeholzt. Während wir immense Kosten für den Klimaschutz tragen, sind die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten der Erderwärmung in den letzten 100 Jahren tatsächlich zurückgegangen. Die weltweiten Kosten durch wetterbedingte Schäden sind seit 1980 um mehr als die Hälfte gesunken. Die Zahl der klimabedingten Todesfälle ist seit 1920 um 96 % zurückgegangen. Es gibt keine Klimakatastrophe, auch nicht in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Die Überschwemmungen sind nicht weniger geworden, und der Starkregen ist weniger geworden. Selbst die Waldbrände in Bayern sind rückläufig, und die wirtschaftlichen Schäden sind ebenfalls gesunken. Seit 1998 gab es in Bayern nur 51 Todesfälle durch Hitze, Überschwemmungen und Unwetter. Dafür wurden in den letzten Jahren deutschlandweit bis 2020 1.989 Menschen von Zuwanderern ermordet. Wir haben keine Klimakatastrophe, wir haben eine Migrationskatastrophe.

(Beifall bei der AfD – Katharina Schulze (GRÜNE): Unglaublich! Schäbig!)

Nation und Zukunft! Sie müssen endlich das grüne Paradoxon der deutschen Klimapolitik anerkennen. Der letzte echte Ökonom, Hans-Werner Sinn, bringt es auf den Punkt. Eine einseitige Verteuerung fossiler Brennstoffe in Europa führt nicht zur Reduzierung globaler CO<sub>2</sub>-Emissionen, sondern treibt diese sogar an, indem sie fossile Brennstoffe außerhalb Europas verbilligt. Die zukünftigen möglichen Kosten der Erderwärmung sind überschaubar. Anpassungsmaßnahmen wie besserer Katastrophenschutz sowie technologische Innovationen sind viel effektiver und kostengünstiger als die CO<sub>2</sub>-Vermeidung. Und wenn Sie schon unbedingt CO<sub>2</sub> aus der Luft haben wollen, sollten Sie dies am besten durch Aufforstung tun. Das würde den Steuerzahler nur sechs Bier im Jahr kosten. Prost!

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Werbung für Drogen ist unwürdig!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächste spricht die Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich nur kurz auf ein paar Punkte der Kollegin Schulze eingehen. Frau Schulze, bei Ihnen hört sich immer alles so einfach und so toll an. Ich habe mir jetzt drei Punkte herausgesucht, bei denen es nicht so einfach und so toll ist. Sie wollen, dass sich die Wiesenbrüter in ganz Bayern wohlfühlen. Sie wissen aber schon, dass der größte Feind des Wiesenbrüters der Striegel ist? Wo wird der Striegel eingesetzt? – Im Biolandbau. Das heißt, beides funktioniert nicht miteinander.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie wollen, dass die Kinder auch im Sommer auf den Spielplatz gehen können. Auf den Spielplätzen, auf denen ich mit meinen Kindern bin, gibt es viele Bäume, und da können die Kinder auch im Sommer rutschen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ihr letzter Punkt, den ich mir herausgesucht habe, ist die Windkraft. Sie wissen, dass bis vor einigen Jahren Ihre Haus- und Hofverbände die Windkraft mit ihrem Verbandsklagerecht massiv bekämpft, verzögert und die Verfahren in die Länge gezogen haben. Das alles ist Grund dafür, dass es nicht so schnell vorangegangen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Jetzt möchte ich aber zu meinen Themen kommen. Der Bayerischen Staatsregierung ist es ein Anliegen, den Klimaschutz voranzutreiben und ihren Beitrag zur Bewältigung der globalen Klimakrise zu leisten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie denn?)

Wir alle haben das gleiche Ziel, nämlich Auswirkungen des Klimawandels und der globalen Erwärmung auf das Äußerste zu minimieren, sodass auch die nächste Generation weltweit auf unserem Planeten leben kann. In Bayern sind wir sehr stolz darauf, jetzt schon sehr erfolgreiche Maßnahmen durchgeführt zu haben und auch weiter durchzuführen, um unsere Umwelt zu schützen und gleichzeitig wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Welche denn?)

Umwelt- und Klimaschutz kosten nämlich Geld.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Welche Maßnahmen?)

Dieses Geld muss natürlich erst einmal erwirtschaftet werden. Bei Ihnen ist Geld immer im Überfluss vorhanden, woher es kommt, interessiert niemanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Jürgen Mistol (GRÜNE): Nennen Sie mir eine Maßnahme, dann wäre ich schon zufrieden!)

Es wäre endlich an der Zeit, dass die Bundesregierung die Länder und die Kommunen an den Einnahmen des CO<sub>2</sub>-Preises beteiligt. Wir in Bayern stellen bis 2030 insgesamt 22 Milliarden Euro zur Verfügung, um Treibhausgasemissionen um 65 % zu reduzieren.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Mit welchen Maßnahmen?)

In Bayern wollen wir nicht, dass die industrielle Produktion mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß ins Ausland abwandert, sodass wir in Bayern vielleicht eine bessere Klimabilanz vorweisen können.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Welche Maßnahmen, Frau Kollegin?)

Diese Produkte im Ausland zu produzieren und nach Deutschland zurückzuimportieren ist kein Klimaschutz; denn es geht um das Weltklima.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Fraktion der GRÜNEN, Sie werfen uns immer vor, dass wir der Bremsklotz der Nation seien. Schauen Sie bitte einmal zu Ihren Kollegen in Berlin. Ein kleines Beispiel sind die Biogasanlagen in Bayern.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Nennen Sie doch eine Maßnahme!)

Wir müssen in Deutschland beim Klimaschutz ein Gesamtpaket hinbekommen, und dabei ist Bayern ein Teil von 16 Bundesländern.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Eine Maßnahme will ich hören!)

Sie schaffen es im Bund nicht einmal, dass wir unsere jetzt schon bestehenden baye-rischen Biogasanlagen erhalten können. Sie schaffen es nicht, das Ausschreibungsmodell so zu gestalten, dass wir die Biogasanlagen, die jetzt in Bayern vorhanden sind, erhalten und die Nahwärmeversorgung vor Ort sichern können. Biogasanlagen müssen schließen, die Häuser werden kalt sein, weil Sie es nicht regeln können. Das ist Nahwärme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dann geht es weiter. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Heilmann hat erneut beim Bundesverfassungsgericht interveniert, dieses Mal gegen die Reform des Klimaschutzgesetzes. Er bemängelt das aus seiner Sicht zu schnelle Gesetzgebungsverfahren. Die geplante Reform sieht vor, dass die Einhaltung der Klimaziele nicht mehr rückwirkend nach Sektoren, sondern mehrjährig und sektorübergreifend mit Blick in die Zukunft kontrolliert wird. Das bedeutet, dass die Bundesregierung erst ab 2030 zusätzliche Anstrengungen für das Erreichen der Klimaziele späterer Jahre unternehmen muss. Daran sieht man, dass die Ampel-Regierung ihre Einfallslosigkeit einfach auf die nächste Bundesregierung überträgt, weil sie selber im Bund keine Ideen hat. Das nennen Sie, liebe GRÜNE, den Turbo zünden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Jürgen Mistol (GRÜNE): Nennen Sie doch nur eine Maßnahme, Frau Kollegin!)

Die Bayerische Staatsregierung ist sich der Dringlichkeit des Klimaschutzes bewusst und setzt daher weiterhin auf eine ambitionierte Klimapolitik, die auf Innovation und Technik basiert, auf eine Politik, die die Menschen in unserer Heimat mitnimmt. Wir stehen für einen Weg, der den Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stabilität vereint und ihn nicht durch rückwärtsgewandte Verzögerungen gefährdet. Wir wollen den Klimaschutz vorantreiben und nicht stoppen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam weiterhin konsequent an unserem erfolgreichen Kurs beim Klimaschutz in Bayern festhalten und ihn weiter ausbauen. Nur so können wir dringend benötigte Fortschritte erzielen und unsere Umwelt für die Zukunft schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Bevor ich dem Kollegin Stümpfig das Wort erteile, hätte ich die Bitte, dass mir noch die Chance gegeben wird, hier oben den Redner zu verstehen. Wenn die Geräuschkulisse etwas reduziert werden könnte, wäre das sehr freundlich. Sonst verstehe ich nämlich nichts mehr. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Stümpfig, bitte.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen, der CSU und den FREIEN WÄHLERN, erst einmal aus Ihrem eigenen Klimabericht aus dem Jahr 2022 vorlesen. Vielleicht kann der Herr Umweltminister auch noch darauf eingehen.

Im Jahr 2019 betrug die Treibhausgasemissionen in Bayern 95 Millionen Tonnen. Das ist gerade einmal ein Rückgang um 15 % seit 1990. Zum Erreichen der Minderungsziele – Frau Jakob hat es gerade angesprochen, minus 65 % bis 2030 – müssen in den verbleibenden Jahren noch 49 Millionen Tonnen eingespart werden. Seit 2019

sind die Zahlen nicht recht viel weiter heruntergegangen. Sie haben es gerade einmal geschafft, in 30 Jahren 15 Millionen Tonnen zu reduzieren, das ist eine halbe Million Tonnen pro Jahr. Jetzt, in den verbleibenden gut fünf Jahren bräuchten Sie 50 Millionen Tonnen, also 10 Millionen Tonnen pro Jahr. Das wäre eine Verzwanzigfachung. Fünf Redner:innen von den Regierungsfractionen haben sich hierhingestellt und keine Maßnahme genannt. Sie sagen auch noch, wir stehen in Bayern gut da. Da kann ich nur sagen: Das ist miserabel, das, was Sie hier abliefern, ist eine unterirdische Vorstellung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Titel unserer Aktuellen Stunde ist genau richtig gewählt. Sie sind der Bremsklotz. 15 % Reduktion seit 1990! Deutschlandweit haben wir 40 %. Das sind ganz andere Hausnummern. Daher haben wir einen massiven Nachholbedarf. Die Besuchergruppe, die jungen Frauen, sind jetzt gegangen.

(Martin Wagle (CSU): Die sind wegen Ihnen gegangen!)

Das, was die sich hier anhören mussten, was Sie von sich gegeben haben, ist schon ein Schlag ins Gesicht der kommenden Generationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, die Regierung, haben Mitverantwortung für die Klimaschäden, für die Hochwässer, für die ganze Trockenheit und am Schluss auch für die Hitzetoten, die kommen werden.

(Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ja, Sie haben mit Ihrer Blockade beim Klimaschutz die Mitverantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Frau Schorer-Dremel, Sie sehen den Klimaschutz immer noch als Feind. Es heißt immer noch: Das ist teuer. – Herr Behringer sagte letzte Woche auch: Klimaschutz bis 2040, daran können wir uns schon halten, aber es muss halt bezahlbar sein.

(Martin Wagle (CSU): Ihr Rezept ist Industrierückbau!)

Genauso von dir, Walter, auch wieder nur: Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft, es muss bezahlbar sein. – Darum dreht sich alles.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Vielleicht könntet ihr einmal die Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung lesen, die erst jetzt herauskam, die ganz klar sagt: Die Kosten für Maßnahmen zum Klimaschutz sind weitaus günstiger, die Klimaschäden werden das Sechsfache dessen kosten, wenn man nichts für den Klimaschutz tut. – Ihre Haltung ist mehr als kurzfristig gedacht und fatal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Lebhaftige Zurufe des Abgeordneten Roland Weigert (FREIE WÄHLER) – Lebhaftige Zurufe von der CSU)

Wir sagen ganz klar: Sie können hier in Bayern viel tun. Wir haben im Gebäudebereich in den letzten 15 Jahren keine Reduktion. Ihre Maßnahme ist: Das einzige Programm zur Gebäudesanierung, das 10.000-Häuser-Programm, wird gestrichen und läuft jetzt aus. Das gibt es nicht! Sie machen nichts im Gebäudebereich.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was streicht ihr?)

Das 10.000-Häuser-Programm wird von Ihnen gestrichen. Dafür ist nichts mehr im Haushalt enthalten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Und was macht der Bund?)

– Wir sind hier in Bayern, Frau Schorer-Dremel, vielleicht haben Sie das noch nicht verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Verkehrsbereich sind die Emissionen in Bayern seit 1990 um 6 % gestiegen, ein- einhalb Millionen Tonnen mehr. Sie wissen nichts Besseres, als im Haushalt weiterhin auf Straßen zu setzen, und zu den Reaktivierungen von Schienenstrecken steht darin eine Null. Null Euro für Reaktivierungen von Schienenstrecken! Das ist Ihre Verkehrs- politik.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Das ist eine fatale Politik. Damit sind Sie komplett auf dem Holzweg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Zierer, Sie haben gesagt, wir GRÜNE wüssten immer alles im Voraus. Ja, bei 10 H haben wir es gewusst; bei 10 H haben wir im Jahr 2013 gesagt, das ist der Tod für die Windkraft in Bayern, und es ist so gekommen. Wir haben keine Zeit mehr, immer wieder auf den Blödsinn zu warten, den Sie sich ausdenken in der Erwartung, vielleicht könnte es etwas werden. Nein, die Zeit läuft uns davon! Sie müssen hier endlich aktiven Klimaschutz machen und vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Abschließend sage ich noch einmal: Wir brauchen ein verbindliches Klimaschutzge- setz. Wir brauchen verbindliche Maßnahmen, nicht nur irgendwelche Ankündigungen wie: Staatsministerien klimaneutral bis 2023. – Nichts ist passiert. Wir brauchen ein Klimaschutzprogramm, Herr Minister Glauber, das wirklich Maßnahmen enthält, mit denen etwas passiert. 15 % seit 1990 – das ist wirklich null! Sie müssen uns heute sagen, wie Sie 65 % Reduzierung bis 2030 und Klimaneutralität bis 2040 erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Als Nächster spricht der Kollege Alexander Flierl für die CSU-Fraktion.

**Alexander Flierl (CSU):** Hochverehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Thema der heutigen Aktuellen Stunde hätte ich eigentlich etwas mehr erwartet. Der Klima-Booster soll nach Ansicht der GRÜNEN-Fraktion gezündet werden. Liebe Frau Schulze und lieber Herr Stümpfig, das war vielleicht eher eine Fehlzündung; da ist wieder nichts gezündet worden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Viele Worte, nichts Konkretes, so sind wir es von den GRÜNEN gewohnt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Ich habe bei Ihren Worten eigentlich gedacht, Frau Schulze, Sie hätten jetzt Ihr Bayern-Gen entdeckt. Sie haben eine Idee, eine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, wie wir künftig in Bayern leben wollen. Seien Sie froh, dass das keine Doktorarbeit war; denn das wäre ein Plagiat. Sie haben nämlich ganz schön von den Regierungsfractionen und unserem Klimaschutzprogramm abgeschrieben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Sie haben Ihr Bayern-Gen doch nicht entdeckt. Meine Hoffnung ist da enttäuscht worden.

Herr Stümpfig, 15 Minuten Beiträge der GRÜNEN: alles im Nebulösen, alles Makulatur, nichts Neues, keine Innovationen,

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

nur unberechtigte Schuldzuweisungen, nur Schlechtreden und – ganz ehrlich – völlig uninspiriert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE):  
Das sind einfach Zahlen aus Ihrem Klimabericht! – Gülseren Demirel (GRÜNE):  
Das erzählen Sie uns mal!)

Auf die SPD könnte man auch noch vieles antworten. Man kann allerdings nur erwidern: In welcher Welt leben Sie eigentlich? In Bayern haben wir das beste Wasser-  
netz, die beste Trinkwasserversorgung. Wir haben mit die sauberste Luft, weil wir  
eben auch auf wirtschaftliche Innovation setzen. Daran zeigt sich, dass unser Ansatz  
richtig ist.

Zur AfD: nichts Neues, auch wieder total rückwärtsgewandt; mit Ihnen geht es nicht in  
die Zukunft, sondern mit Ihnen geht es im Stehschritt zurück in die 1930er-Jahre und  
sonst nirgendwo hin.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn  
(AfD): Ein bisschen Anstand täte auch Ihnen ganz gut!)

Aber das Allerschlimmste ist, dass Sie Ihrer Verantwortung, den großen Herausforde-  
rungen, vor denen wir in Zeiten des Klimawandels stehen, nicht gerecht werden.

(Zurufe von der AfD)

Sie versündigen sich an den kommenden Generationen. Mit Ihnen ist kein Staat zu  
machen; mit Ihnen ist keine Zukunft zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir als CSU, die Regierungsfractionen nehmen die Herausforderungen an und neh-  
men sie ernst. Wir werden insbesondere dem Auftrag, den uns die Bayerinnen und  
Bayern in der Wahl anvertraut haben, gerecht.

Wir haben legislativ die richtigen Maßnahmen ergriffen, indem wir ein wirklich ambiti-  
oniertes und innovatives Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht haben, das die  
Grundlage für unser Klimaschutzprogramm und die bayerische Anpassungsstrategie

festlegt. Wir setzen auf den Dreiklang aus Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit. Wir setzen nicht wie die Ampel auf Fahrverbote, verängstigen die Menschen nicht, reden die Standorte in Deutschland und die Industriestandorte insbesondere in Bayern nicht schlecht. Nein, wir packen diese Herausforderungen an und wollen hier weiterkommen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Aber wie denn?)

Wir untermauern dies finanziell mit 22 Milliarden Euro bis 2040. Dies alles, das Gesetz und auch die finanzielle Unterlegung, wird durch unser Klimaschutzprogramm flankiert. Sie negieren die Erfolge. Sie sollten mal auf die Bundesnetzagentur hören. Wo hat denn der Ausbau der erneuerbaren Energien angefangen? Wo ist es gelungen, dass der Ausbau der grünen Energien in Deutschland an Fahrt gewinnt? – Da gibt es vor allem ein Bundesland, das seiner Verantwortung gerecht wird, und das ist Bayern. Schauen Sie auf die Zahlen! In keinem anderen Bundesland ist der Ausbau der erneuerbaren Energien so stark vorangetrieben worden wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE):  
Dank EEG von Grün-Rot!)

Mit weitem Abstand kommen dann erst die rot-grün- oder grün-regierten oder SPD-regierten Länder. Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Wir haben in unserem Klimaschutzprogramm genau auch dieses Handlungsfeld belegt mit den erneuerbaren Energien, mit der Stromversorgung. Wir setzen auf klimagerechtes Bauen und Klimaarchitektur. Wir setzen aber auch auf Forschung und Cleantech. Auch da negieren Sie die Punkte und wesentlichen Maßgaben, die wir schon geschaffen haben – durch entsprechende Haushaltsermächtigungen in Höhe von 250 Millionen Euro allein in diesem Doppelhaushalt, mit einem Automobilfonds, mit industrieller Biotechnologie, die wir weiter voranbringen wollen, mit der Unterstützung der umweltfreundlichen Luftfahrt und einem bayerischen Batterienetzwerk. Auf diesen Erfolgen kann man aufbauen.

Darauf können wir in Bayern stolz sein. Wir schaffen es in Bayern, hier weiter voranzukommen.

Ich könnte noch sehr viel sagen zu den natürlichen CO<sub>2</sub>-Speichern, was wir für den Waldumbau leisten, was wir mit unserem Moorschutzprogramm weiter auf den Weg bringen: Wir wollen 55.000 Hektar Moore wieder renaturieren, um auch hier unseren Beitrag zu leisten, CO<sub>2</sub> einzusparen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Wollen und machen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Regierungsfractionen tragen und übernehmen Verantwortung.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege.

**Alexander Flierl (CSU):** Wir reden nicht nur, sondern wir handeln. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Abschließend erteile ich dem Staatsminister Thorsten Glauber das Wort.

**Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Machen statt reden – das ist letztendlich das Motto in unserem Bayerischen Klimaschutzgesetz. Das Ziel, Bayern bis 2040 klimaneutral zu machen, ist ambitioniert. Der Bund hat sich dieses Ziel bis 2045 gesetzt, die EU bis 2050. Daran zeigt sich, dass Bayern beim Klimaschutz vorangehen will. Das ist zwingend notwendig. Dafür stehen die beiden Regierungsfractionen, dafür steht der Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nicht wegzudiskutieren ist, dass wir beim Klimawandel tatsächlich Negativrekorde erleben: 2023 war der heißeste Sommer; die Oberfläche der Weltmeere war so warm wie

noch nie seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Der Klimawandel verursacht Hitze-  
wellen, Starkregen, Orkane und Veränderungen, die das Leben beeinflussen, und  
zwar in Stadt und Land.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Damit ist natürlich die Notwendigkeit zum Handeln gegeben. Die Durchschnittstempe-  
ratur ist den letzten 70 Jahren um zwei Grad gestiegen. Falls wir den Klimaschutz  
nicht global und weltweit aktiv einbremsen, wird es laut Klimareport in Bayern bis zum  
Jahr 2100 einen Temperaturanstieg um bis zu fünf Grad geben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Das sind Veränderungen, die wir als Staatsregierung einbremsen wollen. Liebe Kolle-  
ginnen und Kollegen, dafür setzen wir uns ein.

Ich wende mich an den Kollegen Stümpfig und an die Kollegin Schulze: Es ist ein  
Stück weit so wie in der Aktuellen Stunde vor einem Jahr im Plenum, ein bisschen wie  
in dem Film "Täglich grüßt das Murmeltier". Wir hören wieder die gleichen Geschich-  
ten.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten  
Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Kollege Stümpfig, Ihre Geschichte stimmt aber auch heute nicht. Sie erzählen wie-  
der eine Geschichte, die einfach nicht stimmt. Es ist so, dass Bayern gegenüber dem  
Bund um 27,5 % pro Einwohner im Klimaschutz besser dasteht als im Bundesdurch-  
schnitt – 27,5 % besser! Das ist ein Fakt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Bayern hat seine Treibhausgasemissionen von 1990 bis zum Jahr 2019 um 30 % re-  
duziert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Immer wieder nennen Sie andere Zahlen. Das ist ein Fakt. Ich bitte darum, dass man in der Diskussion diese Fakten nennt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Da steht das genau so drin, wie ich das gerade wiedergegeben habe.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Wir haben im Freistaat Bayern ein wirtschaftliches Wachstum bei einem BIP von 57.000 Euro pro Kopf. Im Ländervergleich zeigt sich: Jenes von Schleswig-Holstein liegt bei nur 40.000 Euro. Das zeigt natürlich, dass Bayern wie auch Baden-Württemberg ein wirtschaftsstarkes Land ist. Als wirtschaftsstarkes Land müssen wir die Transformation begleiten. Wir wollen die Klimaneutralität. Wir wollen aber letztlich auch unseren wirtschaftlichen Erfolg nicht aufs Spiel setzen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Dazu braucht es ein kluges Herangehen, wie es im Freistaat auch passiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Der Freistaat Bayern hat eine riesige Chance, was die Geothermie anbelangt. Das Molassebecken donauabwärts bis zum Alpenraum ist ein Schatz, eine Wärmflasche, die im Boden liegt. Wir werden diese Wärmflasche, die Geothermie, noch stärker ausbauen. Mehr als 60 % unserer Gebäude in Bayern können mit dieser Geothermie versorgt werden. Wir haben an der TU München eine Koordinierungsstelle geschaffen, um die Geothermieprojekte zu bündeln – vor allem die Tiefengeothermie, die eine Riesenchance darstellt.



(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Sie haben uns beim letzten Mal vorgehalten, dass wir bei der Geothermie zu viele Anträge ablehnen. Nein, es sind gerade mal 4 %. Von 5.300 Anträgen wurden lediglich 190 abgelehnt. Alle anderen wurden genehmigt. Damit ist klar, dass Bayern diese Chance der Geothermie nutzen will und wir bei der Tiefengeothermie Vorreiter sein wollen. Sie fragen, was wir tun. Ich habe Ihnen hiermit ein Beispiel gegeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nächstes Beispiel zur Frage "Was tut der Freistaat?". Kollege Schuberl ruft immer: Was macht der Freistaat?

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Lieber Kollege Schuberl, denken Sie an den Photovoltaikausbau. Der Zubau der Photovoltaik beläuft sich in Bayern im Jahr 2023 auf rund 4 Gigawatt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Martin Stümpfig (GRÜNE):  
Wir sind bei 22 Gigawatt insgesamt!)

– 4 Gigawatt Zubau, stimmt.

Der Vergleich mit Baden-Württemberg – Sie können ihn ja anstellen – zeigt: Es sind dort nur 2 Gigawatt. Wenn Sie die Einwohnerzahlen vergleichen, sind wir in Bayern deutlich stärker.

Unsere Staatsregierung steht natürlich auch bei den Liegenschaften für diese Photovoltaik und den Photovoltaikausbau. Wir sind beim Thema Ausbau der Windkraft stark. Ich will Ihnen eine Zahl nennen, weil Sie immer sagen, Baden-Württemberg sei so viel schneller. Im Jahr 2023 wurden in Baden-Württemberg 15 Windräder genehmigt, bloß 15 Windräder. Wir in Bayern haben in den ersten drei Monaten des Jahres 2024 über 210 Windräder im Verfahren – 210 Windräder im Verfahren! Wenn Sie mir jetzt noch mal erzählen, dass der Freistaat Bayern nichts tut, dann halte ich Ihnen entgegen: In

den drei Monaten Januar, Februar und März dieses Jahres hat der Freistaat 210 Windräder im Verfahren.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Damit zeigt sich doch, dass der Freistaat Bayern ganz klar hinter der Windkraft steht, dass wir den Bremsklotz weggezogen haben. Wir geben bei diesem Thema Vollgas. Wir sehen und nutzen die Chance der Windkraft in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn wir über das Thema Biomasse sprechen, sage ich Ihnen: Der Freistaat – ich habe den Klimawandel angesprochen – ist Waldland. Sehr viele Wälder, Fichtenwälder, sind vom Borkenkäfer befallen. Diese Fichtenwälder können deswegen baulich nicht genutzt werden. Was ist Ihr Vorschlag für die Nutzung dieser Wälder? – Ihr Bundeswirtschaftsminister hat dem Wald und der Nutzung des Waldes im Grunde einen Bärendienst erwiesen. Wir haben die Kommunen in den letzten 25 Jahren motiviert, animiert und gesagt: Nutzt dieses Käferholz und den notwendigen Waldumbau als regionalen Energieträger.

(Martin Wagle (CSU): Richtig!)

Sie haben mit Ihrem Heizungsgesetz und der Diskussion um Holz dem Ganzen einen Bärendienst erwiesen. Damit haben Sie nicht nur dem Klimawandel geschadet, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben damit auch der regionalen Wirtschaft und der Kreislaufwirtschaft geschadet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bremsklotz Ampel!)

Sie müssen sich das nun vorwerfen lassen. Das Heizungsgesetz, so wie es aufgesetzt wurde, hat dazu geführt, dass die Menschen in den Jahren 2023 und 2024 so verunsi-

chert waren, dass viele Ölheizungen eingebaut wurden, so wie in den letzten neun Monaten, wie ich es als Architekt noch nie erlebt habe.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Damit haben Sie gar nichts erreicht. Die Wärmepumpe wird auf einmal hoch gepriesen. Sie bietet in sanierten Gebäuden einen guten Nutzen. In unsanierten Gebäuden ist sie die falsche Wahl – sie ist dort eine reine Stromheizung.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Ihre Fokussierung auf nur einen einzigen Energieträger bzw. auf nur ein einziges Heizungssystem hat dazu geführt, dass die Menschen völlig verunsichert wurden. Der Dank dafür ist, dass mehr Ölheizungen als je zuvor eingebaut wurden. "Herzlichen Glückwunsch!"

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Mit unserem Klimaschutzgesetz und Klimaschutzprogramm sind wir auf dem richtigen Weg.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Ich habe angesprochen, dass wir den Klimaschutz mit Augenmaß und Vernunft betreiben. Das Wirtschaftsministerium fördert 50 Elektrolyseure, um den Wasserstoff in Bayern und aus Bayern heraus zu stärken. Wir haben eine Hightech Agenda. Alle universitären Einrichtungen sind bei dem Thema Klimaschutz und der Transformation unserer Wirtschaft bei den erneuerbaren Energien dabei.

Wir sind, was die Elektromobilität angeht, mit 23.000 Ladepunkten Spitzenreiter in Deutschland. Nordrhein-Westfalen hat 21.000 bei deutlich mehr Einwohnern. Das zeigt, dass der Freistaat Bayern ganz klar hinter der Elektromobilität steht. Bayern ist Autoland. Unsere beiden großen Automobilbauer sind auf dem Weg in die Elektromo-

bilität. Wir bauen ein Batteriewerk in Bayern. Wir wollen natürlich die Zukunft des elektrischen Fahrens in Deutschland aus Bayern heraus mitgestalten. Deshalb sind diese Ladepunkte ein wichtiger Teil der Infrastruktur. Bayern steht an der Seite der Energiewende.

Wir haben mit diesem Zubau an Ladesäulen 690 Megawatt installierte Leistung. Das sind 30 % mehr als im Vorjahr. Wir unterstützen die Kommunen beim Klimaschutz und wollen natürlich auch die Kommunen stärker beteiligen. Unsere Forderung im Bundesrat lautet, dass der Bund uns aus den CO<sub>2</sub>-Einnahmen Geld gibt. Diese belaufen sich momentan auf 25 Milliarden Euro. Geben Sie den Ländern 25 % dieser Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Das wäre am Ende eine Milliarde für Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diese eine Milliarde Euro geben wir direkt an unsere Kommunen weiter. Geben Sie uns dieses Geld, dann werden wir in den Kommunen den besten Klimaschutz und die beste Nachhaltigkeit voranbringen, die man sich vorstellen kann. Wir wollen keine Bevormundung. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

Wir haben im Umweltministerium ein Vertragsnaturschutzprogramm aufgelegt. Heute sind 180.000 Hektar unter Vertrag. Am Ende wird auch Moorschutz betrieben, und da wird auch ein Auen-Programm gefördert. Das Landwirtschaftsministerium und das Umweltministerium stärken den Waldumbau; denn er ist notwendig. Damit stärken wir auch den CO<sub>2</sub>-Speicher Wald.

Wir im Umweltministerium schaffen es, die Kommunen durch unser Förderprogramm zu unterstützen, und zwar auch bei der Umstellung auf nachhaltige Beleuchtungstechnik. Wir im Umweltministerium unterstützen die Kommunen über die RZWas bei der Umrüstung ihrer Kläranlagen zu klimaneutralen Kläranlagen. Das sind alles Punkte, die ich nenne, weil Sie fragen, was der Freistaat tut. Wir handeln. Ich habe angesprochen, dass die klimatischen Veränderungen am Ende uns alle treffen. In der Anpassung der RZWas – das ist dieses Förderprogramm für wasserwirtschaftliche Einrich-

tungen der Kommunen – auf Kläranlagen oder Abwasserseite wie Frischwasserseite unterstützt kein zweites Bundesland in Deutschland die Gemeinden so wie der Freistaat Bayern. Der Freistaat steht mit circa 200 Millionen Euro jährlich fest an der Seite der Kommunen, um am Ende die Wasserwirtschaft und die Wasserversorgung zu sichern und um Wasser, das wichtigste Lebensmittel überhaupt, zur Verfügung zu stellen, und zwar in einer hervorragenden Qualität. Wir denken eben zusammen mit den Gemeinden auch an die Vorsorge angesichts der klimatischen Veränderungen. Das ist vorbildliche Politik. Da können Sie uns gerne ein anderes Bundesland nennen.

Und ich sage noch ein Letztes: Sie streben immer den Ländervergleich an und fragen, was andere Länder machen, was der Freistaat macht. Die aktuelle Meldung aus Schleswig-Holstein fußt darauf, dass Ihre Parteien in der Bundesregierung die Regionalisierungsmittel kürzen. Die Regionalisierungsmittel um über 300 Millionen Euro zu kürzen bedeutet, dass Sie den Nahverkehr und Nachhaltigkeit am Ende mit Füßen treten; denn die Menschen brauchen und wollen einen Regionalverkehr für ein 49-Euro-Ticket. Das ist der Schienenverkehr! Er ist klimaneutral und nachhaltig. Das ist doch genau der Weg. Sie kürzen diese Regionalisierungsmittel.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie bunkern die Mittel für die S-Bahn!)

– Kollege Schuberl, Sie regieren in Schleswig-Holstein: Was ist Ihre Schlussfolgerung? – Sie kürzen die Regionalisierungsmittel in Schleswig-Holstein. Der Freistaat Bayern kürzt nicht die Regionalisierungsmittel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stärken unsere Bahn. Wir bauen Bahnhöfe aus. Sie haben doch die Verantwortung.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Ich hätte mir das nie vorstellen können. Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder hat schon einmal die Regionalisierungsmittel gekürzt, Sie haben als GRÜNE

in Verantwortung die Regionalisierungsmittel unter Kanzler Schröder gekürzt. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass GRÜNE in diesem Land noch einmal die Regionalisierungsmittel kürzen, aber uns erzählen Sie, dass Nahverkehr, Schienenverkehr und Nachhaltigkeit am Ende so wichtig sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Regionalisierungsmittel kürzt und am Ende den Schienenverkehr nicht stärkt, der braucht uns hier nicht zu erzählen, dass wir der Bremsklotz sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Nachdem der Staatsminister Glauber über die für die Staatsregierung vorgesehene Zeit hinaus gesprochen hat, hatten die Fraktionen das Recht, sich jetzt noch mal fünf Minuten zu Wort zu melden. – Als Erster hat sich hier der Kollege Stümpfig zu Wort gemeldet.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Präsidentin, und vielen Dank, lieber Herr Umweltminister, dass wir darauf noch einmal antworten können. Herr Glauber, Ihr eigener Klimabericht vom letzten Jahr ist ganz klar. Daraus habe ich die Zahlen entnommen. Ich finde es schon dreist, das jetzt hier noch mal infrage zu stellen: Seit 2019 haben wir gerade mal eine Reduktion um 15 % – 14,8 %, um genau zu sein. Das steht im Bericht drin. Dann sagen Sie auch: Bis 2030 müssen eben weitere 49 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> reduziert werden. Das wäre eine Halbierung der derzeitigen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das ist der Klimabericht. Da kann man auch nicht hin und her rechnen und sagen: Pro Kopf könnten hier in Bayern wie und was – –

Bleiben wir doch einfach mal bei Fakten, und das sind eben absolute Zahlen. In diesen absoluten Zahlen heißt es einfach: Wir haben jetzt noch an die 95 Millionen Tonnen, und die müssen halbiert werden bis 2030. Da würde ich einfach von Ihnen erwarten, dass Sie sagen, wie Sie da herunterkommen wollen, ohne über irgendein Gebäudeenergie- oder Wasserstoffgesetz zu spekulieren, wenn wir heute in der aktuellen Stunde darüber reden. Sagen Sie ganz klar und konkret: Wir brauchen eine Halbierung bis 2030 mit diesen und jenen Maßnahmen. Das ist wirklich ein Versagen; das

muss ich jetzt leider so sagen, du bist jetzt auch schon seit 2018 hier in der Regierung: Man schafft es nicht, hier in Bayern voranzukommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das für eine Darstellung!)

Im Gebäudebereich ergibt sich eine nahezu gleichbleibende Kurve.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Die Förderprogramme wie das 10.000-Häuser-Programm, mit dem man wirklich in die Sanierung der Gebäudehülle geht, werden gestrichen. Da kriegt man schon einen dicken Hals, wenn man hier im Zuhörerraum sitzt und ein Loblied auf die Geothermie hört. Gleichzeitig wird der Ansatz im Haushalt von lächerlichen 7,5 Millionen Euro reduziert auf 5 Millionen Euro, außer im Geothermie-Bereich. 5 Millionen Euro? – Eine Bohrung kostet 15 Millionen Euro.

Herr Glauber, da kann ich mich doch nicht hinstellen und sagen: Wir machen jetzt tiefe Geothermie. – Das ist nur ein Drittel der Kosten für eine Bohrung. Du hast zu Beginn ganz klar gesagt, auf was wir zusteuern, wie massiv die Klimaschäden werden, wie massiv wir bedroht werden, bis zu 5 Grad. Bitte, wir müssen hier doch alle sagen: Wir sind ein reiches Bundesland. Wir haben die finanziellen Möglichkeiten, um hier mehr zu machen. Dann müssen wir doch jetzt endlich einmal in der Praxis anpacken und nicht nur in irgendwelchen Wolkenkuckucksheimphantasien.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Jawohl!)

Ich würde doch wirklich auch bitten, einfach bei Tatsachen zu bleiben. Das war im Gebäudeenergiegesetz nie vorgesehen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz genau! Ganz genau!)

Meine Zahlen, die wir heute genannt haben – der Herr Glauber hat sich bei Photovoltaik um den Faktor 10 verspekuliert, das sind rund 4 Gigawatt Zubau –, waren alle korrekt. Da können wir auch gerne noch einen Faktencheck machen; aber das Gebäude-

energiegesetz des Bundes hat von Anfang an erlaubt, dass im Bestand jederzeit Holz genutzt wird. Die einzige Ausnahme war der Neubaubereich, weil man für neue Häuser eine Wärmepumpe einfach als passender erachtet hat.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) – Michael Hofmann (CSU):  
Die Menschen widerlegen Ihre Theorie!)

Das macht einen Verbrauchsanteil von wenigen Prozenten aus. Da haben wir GRÜNE dann auch in Bayern gesagt: Ja, Holz soll auch im Neubau genutzt werden dürfen, und jetzt, ein Jahr später, kommen wieder diese Fake News, wir hätten die Biomasse an den Rand gedrängt. Das stimmt einfach nicht. Wenn wir zur Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 kommen wollen, dann müssen wir uns halt endlich mal auf Fakten einigen und aufhören mit diesem Ampel-Bashing. Das bringt uns kein bisschen weiter. Stattdessen sollten wir wirklich sagen: Wir haben in Bayern eine Herausforderung. Lasst uns die gemeinsam anpacken. Wir haben die Möglichkeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Walter Nussel (CSU))

– Herr Nussel, Sie haben in Ihrer Rede heute auch nichts dazu gesagt, was passiert. Sie sagen immer nur: Klimaschutz ist zu teuer.

(Michael Hofmann (CSU): Dieses Gejammer!)

Alles andere wird teurer. Wenn wir keinen Klimaschutz machen, wird das teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** In der Reihenfolge hat sich als Nächster der Kollege von Brunn für die SPD-Fraktion gemeldet.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, ich finde, wir sollten in die Debatte mal ein bisschen Ruhe hereinbringen und über die Fakten reden. Ich glaube, es ist tatsächlich unbestreitbar, dass wir in zentralen Bereichen des Klimaschutzes in Bayern doch noch einige Hausaufgaben zu erledigen



gen haben. Wir sind bei der Photovoltaik nicht schlecht. Die Frage ist allerdings, ganz ehrlich gesagt: Wer hat es gemacht? – Den An Schub für den Ausbau der Photovoltaik hat die gerade kritisierte Regierung Gerhard Schröder mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendeiner von der Union an diesem Gesetz mitgeschrieben hätte. Vielleicht haben Sie da eine falsche Erinnerung;

(Beifall bei der SPD)

aber wenn man das mal realistisch anschaut, wo wir mit der Photovoltaik in Bayern stehen – und realistisch heißt, man muss es auf die große Fläche beziehen; wir sind das größte Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland –, dann stehen wir leider nur im Mittelfeld. Fakt ist auch, dass die Sonne halt nicht immer scheint. Gerade im Moment merken wir das leider. Ich glaube, jeder würde sich besseres Wetter wünschen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ich habe das schon oft hier im Plenum gesagt, aber irgendwie leuchtet es den Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN nicht ein. Deswegen sage ich es noch mal sehr deutlich: In der Nacht scheint keine Sonne.

(Unruhe)

Ich weiß nicht, ob Ihnen das schon mal aufgefallen ist. Insofern brauchen wir natürlich die Windkraft.

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Deswegen macht doch die Oberpfälzer Weltfirma Max Bögl so was wie die Kombination von Windkraft und Photovoltaik an einem Netzanschluss: Die Windkraft liefert dann, wenn die Sonne nicht liefert. Bei der Windkraft ist die Situation in Bayern eben

bescheiden. Geben Sie das doch endlich mal zu. Das liegt an den Folgen des Windkraftverhinderungs- und -blockadegesetzes der Herren Söder und Seehofer. Dafür tragen Sie die Verantwortung, und die können Sie nicht wegdiskutieren, auch dann nicht, wenn Sie darüber noch stundenlang reden.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ich glaube, im letzten Jahr sind in ganz Deutschland viele Hundert Windräder gebaut worden. Ich weiß gar nicht, wie viele es in Bayern waren – einige wenige, nicht einmal eine Handvoll. Ich habe die Zahlen für die letzten drei Jahre. In den letzten drei Jahren wurden in Deutschland fast 1.800 neue Windräder gebaut, und in Bayern 36.

(Zuruf)

In Deutschland wurden 3.100 neue Windräder genehmigt, in Bayern 31. Wissen Sie, Herr Glauber, Sie sagen immer, wie viel da in der Pipeline steckt, als sei das die gleiche Argumentation wie beim Wohnungsbau. Hier erzählen Sie uns doch auch seit Jahren, es würden so viele Tausende neuer Wohnungen gebaut. Leider vermissen wir diese bis heute, und genauso sieht es mit den Windrädern aus. Wir glauben Ihnen erst, wenn diese wirklich stehen und laufen!

(Beifall bei der SPD)

Dann mussten wir auf BR24 neulich lesen, dass auch die Windkraft-Vorranggebiete in Bayern nicht funktionieren, weil bei vielen eine maximale Bauhöhe vorgeschrieben ist. Sie sprechen über Abbau – zum Beispiel Herr Nussel – und von bürokratischen Hindernissen,

(Petra Högl (CSU): Das müssen Sie auf Bundesebene ändern! – Zuruf von der SPD: Das ist eine Bundesregelung!)

dabei kriegen Sie nicht einmal ordentliche Regelungen in Bayern hin! Fangen Sie doch einmal an, vor der eigenen Haustür zu kehren, bevor Sie hier immer mit dem Finger nach Berlin zeigen!

(Beifall bei der SPD)

Ich finde ja, dass die Kritik am Heizungsgesetz anfangs berechtigt war, als die wesentliche Frage aufgeworfen worden ist, ob sich die Bürger dies leisten können. Aber dass Sie das jetzt noch kritisieren! Aus einer Wärmepumpe gewinnen Sie viermal so viel, wie Sie hineinstecken müssen. Viermal so viel! Es ist doch ein vernünftiges Prinzip, aus einer Kilowattstunde Strom vier Kilowattstunden zu machen. Natürlich ist es so, dass jeder, der vernünftig ist, auf diese Technologie setzt. Die Kolleginnen und Kollegen der FDP sind ja nicht mehr im Bayerischen Landtag vertreten. Dies hat auch Gründe.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Ich kann mich noch erinnern, dass der, der im Bundestag am lautesten dagegen geschrien hat, zugeben musste, dass er selbst schon längst eine Wärmepumpe eingebaut hat. Ich würde gerne einmal wissen – leider liegen uns die Daten nicht vor –,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

wie viele von Ihnen schon eine Wärmepumpe laufen haben. Wir würden uns wahrscheinlich überrascht die Augen reiben, weil es sich lohnt. Lassen Sie doch die Kritik! Wir fördern bei Wärmepumpen inzwischen bis zu 70 %, weil es eine vernünftige Investition ist. Machen wir Politik mit Vernunft! Bringen wir die Energiewende in Bayern endlich voran. Dafür müssen Sie erst einmal in die Vorleistung gehen. Das haben Sie bisher noch nicht getan. Hubert Aiwanger sollte weniger auf Demonstrationen herumspringen, als endlich einmal seine Arbeit als bayerischer Wirtschaftsminister ordentlich zu erledigen.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Prof. Hahn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren! Auch ich bin froh, dass ich mich jetzt durch die zusätzliche Zeit noch dazu äußern kann.

(Florian von Brunn (SPD): Wir aber nicht!)

– Herr von Brunn, ich habe keine Wärmepumpe eingebaut. Ich glaube, so geht es auch vielen anderen Menschen. Sie als Besserverdiener können sich das vielleicht leisten. Für die meisten Bürger in diesem Land ist es leider nicht wirtschaftlich.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Dafür brennt euch der Hut!)

Lassen Sie uns nun aber zu einer sachlichen Diskussion kommen. Herr Minister Glauber, ich möchte kurz auf das eingehen, was Sie hier gesagt haben. Sie haben hier wieder ein Horrorszenario in den Raum gestellt. Es wird wärmer, und zwar um 5 Grad. Wissen Sie, was 5 Grad wärmer bis zum Ende des Jahrhunderts bedeutet? Meine Frage lautet: Glauben Sie das, was Sie hier sagen, denn eigentlich selbst? – Das glaubt kein Mensch.

Wenn man sich diese Modelle ansieht, stellt man fest, dass jedes etwas anderes besagt. Sehen Sie sich doch einmal die Modelle des IPCC an. Diese variieren von 1,5 Grad oder darunter bis zu 4,5 Grad. Ihr Szenario ist die Ausnahme. Es ist noch nicht einmal bei den Modellen dabei, und jeder weiß, dass die Modelle genau das ausspucken, womit man sie füttert. Wenn man weiß, wer diese Organisationen finanziert –

wir hatten eben das Beispiel des PIK Potsdam –, dann weiß man auch, was hinterher herauskommen soll.

(Florian von Brunn (SPD): Wir wissen, wer Sie finanziert! Russland und China finanzieren Sie!)

Deshalb sage ich Ihnen ganz ehrlich: Machen Sie als Regierungsmitglied den Leuten hier keine Angst! Springen Sie nicht über das grüne Stöckchen, das Ihnen Frau Schulze hier hinhält; denn es wird keine schlimme Zukunft geben.

(Beifall bei der AfD)

Einmal etwas aus ökologischer Sicht, weil ich ausgebildeter Ökologe bin: Hier wird immer das Artensterben, gerade von den GRÜNEN und Herrn Stümpfig, propagiert. Wenn Sie wirklich etwas für Artenvielfalt, sprich für Artenreichtum tun wollen, dann seien Sie froh darüber, wenn es etwas wärmer wird;

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

denn je wärmer ein Klima bzw. eine Region ist, desto größer wird die Artenvielfalt. Das können Sie weltweit beobachten!

(Beifall bei der AfD)

Wer kein Bienensterben will, freut sich über wärmere Temperaturen, freut sich genauso über Temperaturen wie heute. Ende April ist es wieder einmal sehr, sehr kalt. Gerade hatten wir wieder Frost und Schnee.

(Petra Högl (CSU): Klimawandel!)

Hier hätte ich auch eine Bitte an unsere Medien, die jetzt leider nicht mehr hier sind, aber an den Bayerischen Rundfunk und die anderen Massenmedien, die wir alle jeden Tag im Fernsehen und in der Zeitung zur Kenntnis nehmen – es gibt sehr wenige Medien, die neutral berichten. Wenn es irgendwann einmal warm oder trocken ist, dann

haben wir das sofort in den Schlagzeilen: Ah, heute hat diese Wetterstation wieder die höchste Temperatur gemessen. Wenn es aber kühl und feucht ist, dann ist Ruhe. Das ist keine Lügenpresse, aber es ist eine Lückenpresse, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Wir von der AfD würden uns wünschen, dass die Medien ihren neutralen Auftrag erfüllen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Deshalb sage ich dies hier auch ganz bewusst in Richtung Bayerischer Rundfunk.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Vor einem Jahr war noch von der großen Trockenheit die Rede. Im letzten Jahr hatten wir Niederschläge, gerade auch in Franken. In Mittelfranken hatten wir über 50 % der durchschnittlichen Werte! Acht der letzten zwölf Monate in 2023

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

lagen 50 % über dem Durchschnitt der Niederschläge. Davon spricht jetzt kein Mensch mehr! Komisch, warum sagt das denn keiner?

Hier also meine Bitte: Berichten Sie nicht immer nur einseitig, wenn es trocken und warm ist, sondern auch, wenn es kühl und feucht ist. Im Übrigen müssen wir zwischen Wetter und Klima unterscheiden. Sie haben hier gerade wieder jedes Unwetter in einen klimatischen Kontext gebracht. Das ist leider falsch.

Kurz noch zu dem geschätzten Kollegen Nussel: Sie haben gesagt, Sie würden gerne klimaneutral werden. Ich sage Ihnen eines: Ich möchte gar nicht unbedingt klimaneutral werden in dem Sinne, dass ich keinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß produziere oder meine CO<sub>2</sub>-Bilanz neutral ist. Wir sind alle Menschen. Jeder, der im Biologieunterricht der fünften und sechsten Klasse aufgepasst hat, der weiß,

(Zuruf von der SPD: Peinlich!)

dass der Mensch kein Produzent wie eine Pflanze ist, die CO<sub>2</sub> aufnimmt. Nein, wir sind Konsumenten! Es liegt in der Natur des Menschen, eine negative CO<sub>2</sub>-Bilanz zu haben.

(Zuruf von der SPD: Märchenerzähler! – Beifall bei der AfD)

Zuletzt ein Appell an die Tierschützer – ja, auch Tierschutz nenne ich bewusst – und natürlich die Naturschützer: Wir haben hier wieder nicht über das ganze Leid gesprochen, was den Tieren in der Natur angetan wird, von den Vögeln und Fledermäusen bis zu Insekten, die an den Windrädern stranden. Fünf bis sechs Milliarden Insekten sind dies jeden Tag! Meine Damen und Herren, denken Sie auch an den wahren Umwelt- und Naturschutz. Deshalb freue ich mich, dass ich hier die Möglichkeit hatte, dazu noch einmal zu argumentieren.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Flierl für die CSU-Fraktion.

**Alexander Flierl (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Leider wurden die zusätzlichen fünf Minuten von den Oppositionsparteien nicht dafür genutzt, um uns einmal zu erklären, was ihre Ansätze, Ideen und Vorstellungen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Herr Stümpfig, aus dem Klimabericht zu zitieren und Zahlenkolonnen vor sich herzuschieben, bringt uns hier nicht weiter. Sie hatten eine neue Chance. Diese Chance haben Sie nicht genutzt. Ehrlich gesagt, das ist dreist! Das ist nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten insbesondere auch mit dem Vorwurf der Fake News vorsichtig sein, gerade als GRÜNER! Wenn man heute die Zeitungen aufschlägt und liest, dass bei den GRÜNEN und insbesondere bei Herrn Bundeswirtschaftsminister Habeck Ideologie vor Tatsachen geht,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

wenn es darum geht, die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke anzusprechen, zu diskutieren und umzusetzen. Die entsprechenden Beamten haben klargestellt, dass es sinnvoll und notwendig wäre, diese für einen gewissen Zeitraum weiterlaufen zu lassen. Sie haben einseitig das Aus beschlossen, und welche Auswirkungen dies auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland hat, können wir letztendlich alle sehen.

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Lieber Herr Kollege von Brunn, natürlich bauen wir weiterhin kraftvoll auch die Windkraft aus.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

10 % der erneuerbaren Energien erzeugen wir in Bayern alleine aus Windkraft, obwohl wir nicht begünstigt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Andere Länder wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind bei der Windkraft deutlich begünstigter als wir. Aber wir brauchen auch eine Grundlastfähigkeit. Sie haben sie auch zu Recht angesprochen. Es gibt Zeiten, in denen keine Sonne scheint – nachts – und kein Wind weht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deswegen brauchen wir eine grundlastfähige Versorgung. Daher verstehe ich nicht, dass SPD und GRÜNE auf Bundesebene gerade die grundlastfähigen erneuerbaren



Energien wie Wasserkraft und Biomasse so benachteiligen, sodass sie ins Hintertreffen zu geraten scheinen.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Selbstverständlich! Sehen Sie sich Ihre eigenen Gesetze hier doch einmal an. Hier müssen wir deutlich mehr tun, damit die Wasserkraft gestärkt werden kann, weil hier auch jede Kilowattstunde zählt. Wir müssen bei der Biomasse weiterhin auf Holz und Biogas setzen. Wir müssen auch hier weiterkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ganz ehrlich: Wer beim Heizungsgesetz einen Energieträger, eine Biomasse, nämlich Holz, so schlechtredet, wie Sie es getan haben, der sollte sich eigentlich nicht hierhin stellen und davon reden, dass wir bei den erneuerbaren Energien vorankommen wollen und

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch kompletter Schmarrn!)

dass wir insbesondere auch die Wärmewende schaffen wollen. Da bekommen Sie eine glatte "Sechs". Ansonsten braucht man dazu nichts sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden unseren Weg kraftvoll weitergehen. Wir werden weiterhin auf unsere Grundsätze Wert legen, dass wir CO<sub>2</sub> einsparen, uns ans Klima anpassen und auch wirtschaftlich den richtigen Weg gehen wollen.

Ich schaue zum Beispiel darauf, dass wir auch einmal den wirtschaftlichen Weg überprüfen müssen, CO<sub>2</sub> zu speichern und anderweitig zu nutzen, um auf dem Weg zur Klimaneutralität weiterzukommen. Wir müssen Mobilität neu denken, natürlich als Elektromobilität, aber auch in Bezug auf die sonstigen E-Fuels, die wir ebenfalls weiter voranbringen wollen. Wir wollen bei der Antriebstechnik weiter vorankommen. Wir wollen neue Kunststoffe und neue Kraftstoffe auf den Weg bringen. Das ist doch innova-

tiv. Da sind wir in Bayern auf dem richtigen Weg und fokussieren uns nicht nur auf einen Verkehrsträger, wie Sie es gern tun.

Ganz ehrlich: Beim Ausbau der Streckennetze brauchen wir insbesondere einen massiven Ausbau beim Fernverkehr. Da bleibt nicht nur die Ampel hinter den Erwartungen zurück, sondern auch wir sind da im Hintertreffen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Da brauchen wir entsprechende Anstrengungen. Dem werden Sie eindeutig nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen packen wir als Regierungskoalition weiterhin kraftvoll an; denn Erfolg buchstabiert sich mit T, U, N – tun, handeln, nicht nur reden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Flierl. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Kollegin Marina Jakob.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir eigentlich mal geschworen, dass ich nie auf Aussagen der AfD hier im Hohen Haus reagieren werde, weil ich sie einfach ignorieren möchte. Aber wenn jemand so viel Stuss und so viel Fehlinformationen von sich gibt, wenn hier die Besucherränge voll sind, dann muss ich auf ein paar Punkte eingehen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Mein Hauptpunkt ist Ihre ständige Kritik an der Windkraft. Die Windkraft würde alle Tiere töten, sie würde die Vögel und Insekten töten. Der größte Feind des Vogels aber ist und bleibt immer noch die Katze. Das ist so.

(Lachen bei der AfD)

Der größte Feind der Insekten sind die Autos im Straßenverkehr. Wenn Sie wollen, dass wir alle Insekten retten, dann müssten Sie mal fordern, dass wir aufhören, Auto zu fahren.

Zum Heizungsgesetz: Sie haben damals gesagt, Sie wollen kein Holz mehr im Neubau erlauben. Das hat den Leuten Angst gemacht. Wir haben kleinste Privatbesitzer, die ihr Holz draußen im Wald machen, es mit nach Hause nehmen und dort ihre Heizung betreiben.

Sie haben gefragt: Wer hat eine Wärmepumpe? – Wir haben daheim eine Hackschnitzelheizung. Wenn sie kaputt ist, werde ich sie austauschen und eine heute Hackschnitzelheizung einbauen. Das ist nachhaltig, das ist regional, und das ist von Daheim.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Wärmepumpe nicht verteufelt. Die Wärmepumpe ist im Neubau und in vielen sanierten Gebäuden eine teure, aber eine sehr gute Alternative. Doch in vielen Häusern ist sie einfach nicht sinnvoll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Windkraft: Wir in Bayern sind ein Sonnenland. Wir leben nicht an der Küste, wo ständig der Wind geht. Bis vor wenigen Jahren gab es in Bayern noch gar nicht die Windtechnologie, um ein Windrad in Bayern wirtschaftlich zu betreiben. Seit wenigen Jahren, seitdem die Nabenhöhe höher wird, ist es wirtschaftlich.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Seitdem kann man auch in Bayern Windräder bauen. Das tun wir auch. Das haben die Zahlen vom Herrn Staatsminister ganz deutlich gezeigt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich möchte die Zeit nutzen, um mich bei unserem Umweltminister Thorsten Glauber zu bedanken. Er macht eine hervorragende Arbeit im Sinne des Klimaschutzes. Er verfolgt zusammen mit den Bürgern pragmatische Ansätze und arbeitet aktiv für den Klimaschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Er verängstigt die Leute nicht und nimmt die Wirtschaft mit. Das ist in unserer Zeit ein ganz wichtiger Punkt. Vielen Dank, Thorsten, dass du dich da so einsetzt. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg und machen dort so weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Jakob. – Die Aktuelle Stunde ist beendet.